



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 41884 - 83  
Fernschreiber 0886690

2/XV/44. - 22. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Wieder eine Chance für die Gemeinden vertan! Von Dr. Julius Brecht, MdB	115
4	Grundschule für jedermann Kleinklassenschule als Grundlage des Schulsystems der CSR	48
5 - 6	Das deutsche Wesen Interpretiert durch Konrad Adenauer Von Mathias Monten	66
7 - 9	Ein großer Führer des Volkes Zu August Bebel's 120. Geburtstag am 22. Februar Von Walther G. Oschilowski	104

\* \* \*  
\* \*

Wieder eine Chance für die Gemeinden vertan!

Von Dr. Julius Brecht, KdGB

In den jetzt dem Ende zugehenden Beratungen um das Bundesbaugesetz gab es noch einmal eine große Chance, für die gemeindlichen Finanzen etwas Vernünftigeres zu tun und dies gleichzeitig mit bodenpolitischen Maßnahmen zu verkoppeln. Es ging um die sehr umstrittene und vielfach in ihrer bodenpolitischen Wirksamkeit nur noch belächelte sogenannte Baulandsteuer, die Grundsteuer C. Sie soll ab 1.1.1961 unbebaute, aber baureife und bereits voll erschlossene Grundstücke in den Gebieten mit starker Wohnsiedlungstätigkeit treffen. Die Grundsteuer, die berechnet aus den Einheitswerten des Jahres 1935 (also längst nicht der heutigen Verkehrswerte!) soll von 5 v.T. auf 20 v.T. erhöht werden, nach weiteren zwei Jahren auf 25 und dann auf 30 v.T., d.h. nach einem sehr sehr komplizierten und durch zahlreiche Ausnahmen durchlöcher-ten und fast wirkungslos gemachten System vervierfacht werden.

Das sieht sehr beschnittlich aus, ist es aber nicht. Die Vervierfachung wird nämlich nur auf Grund der rückständigen Einheitswerte von 1935 gerechnet, während die Verkehrswerte dieser Grundstücke sich seit dieser Zeit versechsfacht, verzehnfacht und noch viel mehr gesteigert haben. Die Baulandsteuer bleibt also sehr, sehr weit hinter der Entwicklung der Verkehrswerte dieser Grundstücke und auch der daraus erzielten Bodengewinne zurück. Auch die vierfache Grundsteuer wird angesichts der inzwischen nach 25 Jahren gesteigerten Verkehrswerte eine steuerliche Farce sein!

Die große Täuschung

Das ganze Geschrei und die feierlichen Proklamationen um die Baulandsteuer erweisen sich immer mehr als eine große Täuschung! Dazu sind jetzt noch so viele Ausnahmen eingebaut worden, daß die bodenpolitische Wirkungslosigkeit noch deutlicher wird. Der gesamte baureif erschlossene, aber noch bäuerlich genutzte Grundbesitz wird in Außengebieten bis zu fünf Jahren ausgenommen, ferner der gesamte Grundbesitz in festgesetzten Industriegebieten, ja sogar auch der Grundbesitz, der demnächst einmal Vorstadtelände für Industrie und gewerbliche Anlagen werden soll! Damit werden neue üppig wuchernde Oasen der kommenden Bodenspekulation gebildet!

Schon aus verwaltungstechnischen Gründen, aber auch um die geltende Steuerordnung aufrechtzuerhalten, ergab sich bei dieser Situation zwangsläufig der Vorschlag, auf die lässliche Maßgebendheit der Bau- und Grundsteuer mit ihrer Wirkungslosigkeit ganz zu verzichten, statt dessen die alten Einheitswerte von 1935 aufzuheben und wenigstens für die unbebauten Bau- und Grundstücke neue Einheitswerte auf Grund der inzwischen entstandenen Verkehrswerte (genauer Wert) zu bilden. Dann könnte die Grundsteuer ruhig mit dem früheren Steuermaßbetrag von 10 v.T. oder dem im letzten Krieg festgesetzten Maßbetrag von 5 v.T. weiter erhoben werden. Es wäre kein Krampf, keine steuerrechtliche Seiltänzerei und keine unehrliche Propaganda notwendig. Die erstrebte bodenpolitische Wirksamkeit, nämlich die baureifen Grundstücke entweder an den Markt zu bringen oder selbst der Bebauung zuzuführen, wäre damit viel schneller und viel wirkungsvoller erreicht, weil die grundsteuerliche Belastung in den sogenannten Ballungsgebieten ohne ungleiche Ausnahmen steuergerechter, ehrlicher und sachgemäßer verteilt würde. Gleichzeitig könnte damit wenigstens auf einem bescheidenen Teilgebiet mit der Neufestsetzung der Einheitswerte praktisch begonnen und der immer ungerechter werdende Zustand beseitigt werden, Grundsteuer und Vermögenssteuer aus den anachronistischen Werten von vor 25 Jahren zu errechnen. (Was gäbe das für ein Geschrei, wenn gefordert würde, auch die Lohnsteuer aus dem Nominal-einkommen des Jahres 1935 zu berechnen!)

Überholt und unreal.

Diese längst überholten und unreal gewordenen Werte auf der Basis von 1935 müssen ja auch heute noch angewendet werden, wenn etwa ein Grundstück aus dem landwirtschaftlichen Vermögen (Grundsteuer A) auf Grundvermögen (Grundsteuer B) überschrieben wird, obwohl längst neue Verkehrswerte entstanden sind und gefordert werden, die ein Vielfaches der Werte von 1935 ausmachen. Eine Neubewertung der baureifen unbebauten Grundstücke nach den heutigen Verkehrswerten hätte diesen Teufelspakt beseitigt. Sie hätte auch den Gemeinden erhöhte Einnahmen verschafft. Das hätte ein kleiner praktischer Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation werden können. Dann wären wenigstens einmal für die unbebauten Grundstücke wahre und echte Werte der Steuerberechnung zu Grunde gelegt worden, nachdem die Landwirtschaft es bisher gegen die Kommunen beim Finanzminister und beim Kanzler durchgesetzt hat, daß die seit Jahren verdrängliche neue Einheitsbewertung wiederum auf viele Jahre hinausgeschoben wurde.

Die SPD-Fraktion wird die demnächst abschließenden Beratungen des Bundesbaugesetzes im Plenum des Bundestages nicht vorübergehen lassen dürfen, ohne nochmals in aller Eindringlichkeit den Antrag zu stellen, statt der wirkungslosen und verwaltungstechnisch kaum zu bewältigenden Baulandsteuer die Neubewertung der unbauten Grundstücke zum 1.1.1960 nach den heute geltenden Verkehrswerten zu fordern. Jetzt haben überraschenderweise in den Ausschüssen auch solche Abgeordnete, die aus der gemeindlichen Arbeit kamen oder sonst für eine gediegene Kommunalpolitik eintreten, für die Baulandsteuer und gegen die Neubewertung der unbauten Grundstücke gestimmt! Im Plenum des Bundestages muß sich deutlich zeigen, auf welcher Seite sinnvolle und konstruktive Kommunalpolitik gefördert wird!

#### Argumente, die nicht durchschlagen

Natürlich gab es auch gegen diesen Vorschlag - der zunächst auch von einigen Steuerexperten der CDU sehr unterstützt, dann aber unter den sonstigen Einflüssen und Interessen um diesen leider kampflos aufgegeben wurde - die üblichen Einwände: Ungleichbehandlung des Grundvermögens, grundgesetzwidrig oder verwaltungstechnisch nicht zu bewältigen. Das alles schlägt bei genauer Durchleuchtung nicht durch. Der Vertreter des Bundesjustizministeriums hat eindeutig erklärt und begründet, daß eine solche Neufestsetzung der Einheitswerte nach den heutigen Verkehrswerten zeitlich vorgezogen werden könne und daß dies rechtlich zulässig ist. Der verwaltungstechnische Einwand zieht schon gar nicht, denn bei der Ermittlung der Baulandsteuer ist dauernd ein viel größerer und komplizierter Verwaltungsaufwand erforderlich.

In sehr vielen Fällen muß praktisch in der sogenannten Wertfortschreibung auch eine Neubewertung vorgenommen werden. Eine Neubewertung nach den heute leicht zu erheben und nachweisbaren Verkehrswerten ist aber sicherlich viel einfacher, als eine solche nach den anachronistischen Werten von 1955! Eine Neubewertung der unbauten baulichen Grundstücke kann auch nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Landwirtschaft sich erst an die Auswirkungen der EW anpassen muß, oder weil erst die Grundstückserträge (Mieten) nach dem sog. Lückengesetz verbessert sein müssen. Das alles hat mit der Neubewertung der unbauten baulichen Grundstücke nichts zu tun. Es sollte und müßte sich deshalb doch die Einsicht durchsetzen, daß die neue Einheitsbewertung der unbauten Grundstücke besser, einfacher und wirksamer ist als die Baulandsteuer. Dann brauchen die innerhalb zahlreicher Abgeordneter, die jetzt die Baulandsteuer nur "mit großen Bedenken", "mit Widerwille" als Politikum und als Ausgleich dafür schlucken, daß sie die Mieterhöhung nach dem Lückengesetz bekamen, ihre bessere Einsicht und ihre soziale Verantwortlichkeit nicht weiterhin mit Scheinargumenten ausschalten.

### Grundschule für jedermann

(rh) Die Tschechoslowakei ist nach langjährigen Vorbereitungen in diesem Jahr dabei, ihr Erziehungs- und Bildungssystem von Grund auf zu ändern. Die von acht auf neun Klassen erweiterte Grundschule wird nach einer kurzen Übergangszeit zur Grundlage des Schulsystems, zur "Grundschule für jedermann", gemacht, die jedes schulpflichtige Kind absolviert haben muß, bevor es eventuell einen weiteren Bildungszweig beschreitet. Über die Schulreform soll eine öffentliche Diskussion in allen zuständigen Gremien stattfinden, wobei auch die Konzeption der Schulen des "zweiten Bildungszyklus", der auf die Grundschule folgt, zur Debatte stehen wird.

Im kommenden Schuljahr 1960/61 will man so viele Neunklassenschulen einrichten, daß zwei Drittel der Absolventen der bisherigen Achtklassenschulen diese neunte Klasse besuchen können. Bereits im Schuljahr 1961/62 soll es durchwegs nur neunklassige Grundschulen geben. Da zugleich auch die Aktion "Mittelschulbildung für jedes Kind" angelaufen ist, müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Absolventen der neuen Grundschule, die in den Arbeitsprozess gehen, sich weiterbilden können. Der vorliegende Lehrplan für die "Grundschule für jedermann" soll der Jugend ein so umfassendes Wissen und zugleich so viel praktisches Können vermitteln, daß sowohl die Fortsetzung eines Studiums, als auch die Weiterbildung bei einer Berufsausübung ohne Schwierigkeiten möglich sein werde.

Sehr viel verspricht man sich davon, daß in der neuen Grundschule dem polytechnischen Unterricht großer Raum gewidmet wird; jeder Absolvent einer Neunklassenschule wird 700 Schulstunden "Arbeitsunterricht" hinter sich haben, die manuelle Arbeiten, Tätigkeit in den Schulwerkstätten und Arbeit auf Schulgrundstücken (Versuchsgärten und Aekern) umfaßt. Außerdem werden die Schüler dazu angehalten werden, sich freiwillig an öffentlichen Arbeiten zu beteiligen. Bei den Mädchen wird im Arbeitsunterricht Kinderpflege, richtige Ernährung, Nähen und Kochen gelehrt werden. Grundsätzlich sollen die Erziehung und der Unterricht in der Neunklassenschule mit der Entwicklung des Arbeitsprozesses und mit dessen Fortschritten auf allen Gebieten konform gehen.

Aus diesem Grunde wird auch auf die Fächer Mathematik und Physik mehr Wert als bisher gelegt. So wird die Zahl der Mathematikstunden vom 6. bis zum 9. Schuljahr um rund 50 vermehrt, Physik wird drei statt bisher zwei Jahre unterrichtet und zwar in 264 (statt bisher 198) Stunden. Biologie wird als selbständiger Gegenstand entfallen. Im Geschichtsunterricht soll die Behandlung der Geschichte von Altertum und Mittelalter stark konzentriert und eingeschränkt werden, damit die neuere Zeit und die Gegenwart besser und ausführlicher behandelt werden können. Als neues Lehrfach tritt in den Schulklassen sechs bis neun die "Bürgerliche Erziehung".

Die an der Schulreform beteiligten Kreise versichern, daß die derzeitige Überlastung der Schuljugend auf die Weise beseitigt werden soll, daß man "überflüssigen" Stoff ausmerzt und dafür Sorge trägt, die sportliche Betätigung nach modernen Grundsätzen zu lenken.

Das deutsche Wesen

Von Mathias Montan

Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat einen Beckenstreich bekommen, der ihm vor Scham und Schmerz die Wangen rötet sollte. Er wird ihn einstecken, das ist sein Stil. Es schert ihn nicht, daß er die von ihm beliebte moralische Wertordnung abermals durcheinanderbringt, und daß auch das deutsche Volk an Ansehen verliert. Der polnische Staatsrat Zawiejski, Mitglied der Fraktion der katholischen Zisk im Sejm, Freund des Kardinals Wyszynski, so bemerkte die "Frankfurter Allegemeine" in ihrem Bericht, griff in der außenpolitischen Debatte am 17. Februar Adenauers Bekenntnis zu einem Rettungsauftrag des deutschen Volkes auf, das er vor dem Papst in Rom abgelegt hatte und das im offiziellen Bulletin der deutschen Bundesregierung bestätigt wurde:

"Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitalter eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtiger Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken."

Der polnische katholische Abgeordnete antwortete dem deutschen katholischen Regierungschef darauf (wir folgen hier dem von der IAZ mitgeteilten Wortlaut):

"Gegenüber unserer höchsten religiösen Autorität wurden Worte gesprochen, welche die Gefühle der Gläubigen in aller Welt erregen müssen. Wir haben erfahren, daß Gott dem deutschen Volke eine besondere Mission im Kampf zwischen Osten und Westen anvertraut habe. Zum ersten ist das ein eitler Gebrauch des Namens Gottes, zum zweiten ist es eine falsche Annahme im Namen eines Volkes. Gläubige wissen, daß Gott jedem Menschen und jedem Volk einen Auftrag gegeben hat, der in Gebot der Liebe besteht. Daraus ist eine konkrete, praktische Mission abzuleiten: Das Gute, das Anständige, Würdevolle und Gerechte. Das ist unsere Aufgabe und zwar nicht nur für die eigene Nation, sondern gegenüber allen Menschen. Der Sinn des Wortes Mission im Munde von Kanzler Adenauer aber ist eindeutig: Die Bundesregierung stellt sich gegen die Politik der Entspannung und ist für eine Verschärfung der internationalen Lage".

Inzwischen war der Regierung Adenauer Gelegenheit gegeben, auf diese ernste und wichtige Äußerung im polnischen Sejm zu antworten. Das ist nicht geschehen! Als der Abgeordnete Dr. Heinemann (SPD) am 18. Februar im Bundestag auf Adenauers Missions-Erklärung einging, erwähnte sich der Vorsitzende der Fraktion der Christlichen Demokraten, Dr. Krone, allein um eine Abgrenzung der Äußerung seines christlichen Kreationsfreundes gegen die Sendungshoffnungen der Nazis, und auch Innenminister Dr. Schröder wußte nicht mehr zu tun, als ebenfalls zu

beteuern, daß ein Sendungsglaube nicht vorliege. Standhaftigkeit, Sendung, Mission, "Aufgabe" - das sind verschiedene Ausdrücke, die in diesem Falle nur den ginsen Sinn umschließen, den Adenauer seinem höchst bedenklichen und verwerflichen Ausspruch gegeben hatte: Die Deutschen müssen an der Front stehen!

Einst wurden die Kinder in den Schulen der deutschen Kaiserzeit durch jenes Bild im "rechten" Geist geformt, das deutsche Marinesoldaten um die Jahrhundertwende im Boxeraufstand in China unter wehender Flagge im Verstärken zeigte. "Die Deutschen an die Front", so rief die Unterschrift, und bewundert blickten im Bild die offenbar weniger kampf-tüchtigen Truppen anderer Nationen auf diese tapferen Germanen! So prägte sich das Bild ein, und dieser Geist blieb lebendig, genährt von vielen ähnlichen Traktäthen und Hildstellungen soldatischer Geistes. Damals galt es, die "gelbe Gefahr" abzuwehren. Der Kaiser hatte es gesagt. Dann traten "die Kommunisten" an die Stelle der "Gelben", manchmal hieß es auch nur "die Völker des Ostens". Aber die Forderung blieb. Die Mission war unverändert.

Das Ausland, das die Ergebnisse der letzten Jahrzehnte oft wacher im Gedächtnis hat als vielfach wir Deutschen, hört eine deutsche Äußerung aus diesen historischen Erfahrungen, wenn erneut "eine besondere Aufgabe" erfüllt werden soll, die Gott diesem deutschen Volke gestellt habe. Eine große Zahl von Veröffentlichungen in führenden Zeitungen, besonders auch des westlichen Auslandes, viele Kommentare in Rundfunk und Fernsehen in Ost und West bestätigten dem deutschen Beobachter, wie die öffentliche Meinung in der Welt solche Anekdoten des deutschen Kanzlers bewertet.

Es zeugt von einem ungewöhnlichen Mangel an Sinn für politische Möglichkeiten und Grenzen, für menschlichen Zorn, Wut und Klugheit, wenn ein deutsches Regierungsoberhaupt auch 1960 nicht anders glaubt sprechen zu sollen, als aus diesem Lande in verschiedenen Abschnitten seiner jüngsten Geschichte nun schon mehrmals in die Welt gerufen wurde. Und die Welt hat mit Grausen erlebt, was denn folgte. Sie hat es nicht vergessen.

Der Protest gegen die Missdeutung des deutschen Wesens und Lebens kann nicht laut genug erhoben werden. Der Kanzler der Bundesrepublik hat in der internationalen Öffentlichkeit Anlaß zu einer Ausdeutung der deutschen Politik gegeben, die nach Form und Inhalt alle Bemühungen um eine freundliche Atmosphäre mindere werden läßt, in der allein eine konstruktive Politik für Deutschland möglich ist. Es müßte - wie es glücklicherweise durch den Abgeordneten Dr. Heilmann geschehen ist - und es muß auch künftig jede Gelegenheit wahr genommen werden, die verderblichen Erscheinungen bloßzulegen, die sich in öffentlichen Leben in unserem Lande zeigen. Antisemitismus und Überheblichkeit, Autoritäts-glauben und der Wagemut des Untertanentums.

## Ein großer Führer des Volkes

Zu August Bebels 120. Geburtstag am 22. Februar

Von Walther G. Oschilewski

Drei Phasen, personifiziert in drei hervorragenden Gestalten, kennzeichnen den historischen Wandel der Sozialdemokratie, August Bebel, der einflussreichste Führer der deutschen Arbeiterbewegung, verkörpert die erste Periode der sozialistischen Massenpartei, die unter seiner Ägide auf über 600 000 Mitglieder angewachsen war; er förderte ihr organisatorisches Wachstum und gab ihr ein welthistorisches Ziel. Sein Nachfolger, Friedrich Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, von dem Theodor Heuss sagte, daß in der Stunde, als Könige versagten, sich dieser Sohn des breiten Volkes in wacher und tapferer Bewußtheit höchst königlich bewährt hat, verzohnte sich in den Jahren des Chaos als Repräsentant der neuerrungenen Volkssouveränität im Ringen um die Konsolidierung der jungen deutschen Demokratie. Und in dem undogmatischen und illusionslosen Kurt Schumacher, der dynamischen Zentralfigur der Nachkriegswirklichkeit, den großen Rufer und Warner auf dem Trümmerfeld eines beinahe aus der Geschichte ausgelöschten Deutschlands, symbolisierte sich der gebietorische Wille der gegenwärtigen sozialdemokratischen Volksbewegung, die zu einem gleichberechtigten, teilweise mitbestimmenden Element der modernen Industriegesellschaft geworden ist.

Der Hunger war oft zu Gast

Geboren am 22. Februar 1840 als Sohn eines Unteroffiziers in einer der Kasematten des rechten Rheinufers, in Köln-Deutz, ist August Bebel in engen und kämlichen Verhältnissen, in denen oft der Hunger zu Gast war, aufgewachsen. Nach dem frühen Tod des Vaters heiratete die aus Wetzlar stammende Mutter den Zwillingsbruder ihres ersten Mannes, dem aber auch nur wenige Lebensjahre vergönnt waren. 1946 starb er, 1853 wurde die Mutter zu Grabe getragen, und so mußte der junge Bebel mit 14 Jahren den Kampf ums Dasein selber führen. Er erlernte das Drechslerhandwerk und ging nach Beendigung der harten Lehrzeit nach altem Handwerksbrauch auf die Wanderschaft, bis er im Vorsommer des Jahres 1860 durch einen Zufall in Leipzig Arbeit fand und hier, wo sich sein politisches Schicksal entscheiden sollte, auf viele Jahre hinaus sesshaft wurde.

Der 20-jährige Drechslergeselle, wie wir ihn in Leipzig sehen, erscheint uns als der Prototyp des bildungshungrigen, strebsamen Arbeiters. Seine ersten politischen Schritte erfolgten auf dem Boden einer liberalen Demokratie. Im Jahre 1861 trat er in Leipzig dem "Gewerblichen Bildungsverein" bei, der ihn mit den großen Worten der Kultur und der wissenschaftlichen Forschung bekannt machte und wesentlich zur Prägung seiner Persönlichkeit beitrug.

In Nürnberg, 1868, wurde dann die Umwandlung der Arbeiterbildungsvereine in eine selbständige politische Bewegung unter der Führung August Bebels beschlossen, die Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation, der ersten sozialistischen Internationalen, festgestellt und dem Ausschuß, dessen Vorsitzender Bebel war, der Auftrag gegeben, für die Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerkschaftsgenossenschaften tatkräftig zu wirken.

Inzwischen war Bebel als Vertreter der sächsischen Arbeitervereine über die Sächsische Volkspartei 1867 in den Norddeutschen Reichstag gewählt. Damit begann für ihn eine sich über fünf Jahrzehnte er-

streckende parlamentarische Tätigkeit, während der er ungezählte Male auf der Rednertribüne stand, um die Sache des arbeitenden Volkes und die sich aus der Idee des Sozialismus ergebenden Forderungen mit grosser Sachkenntnis und scharfer rhetorischer Klinge auszufechten.

In den nachfolgenden Jahren tritt er dann immer stärker als der große Einiger der deutschen Arbeiterschaft in Erscheinung. Es galt, die Widerstände, die die beiden sozialdemokratischen Richtungen der Lassalleaner und der "Eisenacher" (die Mitglieder der in Eisenach 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) auseinanderstreben ließ, zu überwinden, um die Stoßkraft des politischen Willens der Arbeiterklasse zu verstärken. Nach seiner Entlassung aus zweijähriger Festungshaft im April 1875 widmete er sich mit ganzer Kraft der Vereinigung der beiden Bruderparteien, die dann Ende Mai auf dem Gothaer Kongreß des gleichen Jahres Wirklichkeit wurde.

#### Kämpfer gegen Unrecht

Nach der Vereinigung begann im starken Kampfe mit den Mächten der Herrenklasse, des Junkertums und des Militarismus der machtvolle Aufstieg der politischen Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. August Bebel wurde zu ihrem unbestrittenen Führer, ein Volkstribun vom klassischen Ausmaß, ein beredter Wortführer der politischen Front des Deutschen und internationalen Sozialismus und damit der vom Großbürgertum am stärksten gehaßte Mann, den keine Gefängnis- und Festungshaft, keine Verleumdung und Verächtlichmachung erschrecken und in dem Glauben an die Aufgabe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wanken machen konnte.

Schon in seiner Jungfernsrede am 10. April 1867 im damaligen Reichstag des Norddeutschen Bundes brandmarkte Bebel die Gewaltpolitik Bismarcks, der daraus aus war, "Deutschland zu einer Kaserne zu machen und den letzten Rest von Freiheit und Volkerecht zu vernichten". Und als Bismarck 1878 die kürzlich in Szene gesetzte Hetze gegen die parlamentarische Betätigung der verhaßten Sozialdemokratie mißlang, griff er zu dem schändlichen Ausnahmegesetz, das die staatsbürgerliche Achtung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und damit der aufstrebenden Kräfte des deutschen Volkes vollzog.

#### Nach dem Sozialistengesetz

Es ist hier nicht der Raum, den ganzen Umfang von Bebels weitreichender, für die Entwicklung der Partei wie für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens in der Welt so bedeutsamer und entscheidender Wirklichkeit zu behandeln. Von seinen vielen Schriften, die in manchen nicht mehr den heutigen wissenschaftlichen und politischen Anforderungen genügen, bleiben seine Lebenserinnerungen "Aus meinem Leben", die bis 1882 reichen, als eine für die Volks- und Sozialgeschichte der Deutschen so aufschlußreiche Selbstbiographie immer wieder lesenswert.

August Bebel war ein Mann, der Geschichte gemacht hat. Sein Wirken ist mit dem Lebens- und Bildungsschicksal der deutschen Arbeiterschaft auf das engste verknüpft. Selten ist ein Mann so volkstümlich gewesen. Er brauchte nicht den glitzernden Paradehütten der politischen Hochstapler und künstlich hochgepöppelten "Volksführer"; in seiner Schlichtheit, aber auch in seinem Kampf gegen das politische und gesellschaftliche Unrecht blieb er als ein treuer Sohn des arbeitenden Volkes im Bewußtsein der Sozialdemokratie.

Als er am 13. August 1913, 73-jährig, in der Schweiz verstarb, trauerten um ihn ungezählte Millionen in der ganzen Welt.